



Dokumentation der Landeskonzferenz
LOKAL HANDELN FÜR DEMOKRATIE
22. April 2010, Ministerium für Gesundheit und Soziales in Magdeburg

„Das ist nicht auf Knopfdruck erledigt“



INHALT

Einleitung		2
Grußwort	Beate Bröcker (Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales)	4
Fachimpuls	Die Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in den Neuen Bundesländern. Ableitungen für eine erfolgreiche Präventions- und Interventionsarbeit. Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig)	6
Fachimpuls	Die Umsetzung der Bundesprogramme KOMPETENT FÜR DEMOKRATIE und VIELFALT TUT GUT. Ute Seckendorf (Stiftung Demokratische Jugend) Andrea Keppke (Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung)	11 13
Fachimpuls	Lokale Aktionspläne, Beratungsnetzwerk und Modellprojekte in Sachsen-Anhalt. Hildegard Rode (Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt)	17
Fachimpuls	Zur Evaluation der Bundesprogramme KOMPETENT FÜR DEMOKRATIE und VIELFALT TUT GUT. Dr. Anne Schüttpelz (Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle)	20
Gesprächsforum mit den ImpulsgeberInnen	Perspektiven lokaler Strategien der Demokratieförderung in Sachsen-Anhalt Moderation: Olaf Ebert (Geschäftsführer Freiwilligen-Agentur Halle)	23
Podiumsdiskussion	LOKAL HANDELN FÜR DEMOKRATIE mit: Holger Hövelmann (Innenminister Sachsen-Anhalt) Ludwig Hoffmann (Oberbürgermeister a. D. Wernigerode) Dr. Detlef Eckert (Vorsitzender des Sozialausschusses im Landtag Sachsen- Anhalt) Pascal Begrich (Geschäftsführer Miteinander e. V.) Moderation: Bastian Wierzioch (Mitteldeutscher Rundfunk)	27
Schlusswort	Susi Möbeck (Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt)	32
Impressum		32

Einleitung

Mit leeren Händen und Köpfen musste wohl niemand das Sozialministerium im Magdeburg am 22. April 2010 wieder verlassen. Die 110 Gäste der Landeskonferenz LOKAL HANDELN FÜR DEMOKRATIE erwartete schon vor Beginn der eigentlichen Tagung ein Sammelsurium an Informationen. Kistenweise Faltblätter zum Mitnehmen, in denen anschaulich rechtsextreme Codes und Styles demaskiert werden, Broschüren die das Wirken Lokaler Aktionspläne erklären oder die Angebote des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus aufzeigen, liegen fein sortiert neben allerlei Buttons und verschiedenen Handreichungen. Und der Clou: Wer wollte, konnte sich eine DVD mit nach Hause nehmen, auf der in einer animierten Präsentation eine Überblicksdarstellung vieler Projekte und Beratungsangebote im Land zu sehen ist. Passend zum Anlass kündigt ein buntes Wandbild, angefertigt von Schülern und Schülerinnen und nun im stolzen Besitz des Hausherrn Norbert Bischoff, was das Publikum heute erwarten sollte.



Die Veranstalter der Konferenz um die Landeszentrale für politische Bildung, den Verein Miteinander, die Freiwilligen-Agentur aus Halle, das Alternative Jugendzentrum aus Dessau und dem landesweiten Netzwerk für Demokratie und Toleranz möchten gemeinsam mit Experten und Expertinnen aus Politik, Wissenschaft und Bürgergesellschaft darüber ins Gespräch kommen, wie wirksam die bisherigen Strategien und Konzepte der

Demokratieentwicklung und Rechtsextremismusprävention in Sachsen-Anhalt implementiert werden konnten. Dabei stehen vor allem die im Rahmen der Bundesprogramme KOMPETENT FÜR DEMOKRATIE und VIELFALT TUT GUT umgesetzten Strukturprojekte im Mittelpunkt der Debatte. Neben dieser notwendigen Rückschau und Analyse ging es aber auch zentral um die Frage : Wie kann es zwischen Arendsee und Zeitz noch stärker gelingen, Vielfalt und Toleranz als zentrale Werte der Gesellschaft zu festigen? Noch mehr Menschen, Institutionen und Vereine auf dem Weg hin zu einer Stärkung beteiligungsorientierter und demokratischer Strukturen mitzunehmen, war schließlich schon als hehres Ziel in der Vorankündigung zu dieser Fachveranstaltung angekündigt worden. Nicht zuletzt deshalb, weil dies wohl ein entscheidender Garant dafür ist, den Rechtsextremismus in all seinen Facetten im Land zurückzudrängen.



Gekommen sind Verwaltungsangestellte aus Landkreisen und Kommunen, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Bildungseinrichtungen, Vertreter und Vertreterinnen aus der Wirtschaft, Politiker und Politikerinnen und zahlreiche zivilgesellschaftliche Träger und Netzwerke. Sie alle erwartet ein fünfstündiges Programm aus Fachbeiträgen, Gesprächsrunden und einer Podiumsdiskussion.

Grußwort

Beate Bröcker (Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales)

„Ich habe gerade festgestellt, dass dieses Rednerpult für kleine Leute nicht geeignet ist“, sagt Beate Bröcker schmunzelnd, um dann gleich voll in die inhaltliche Reflexion einzusteigen. Nicht nur der Umstand, wie die Bundesprogramme KOMPETENT FÜR DEMOKRATIE und VIELFALT TUT GUT in Sachsen-Anhalt aufgestellt sind, sei einen Blick wert: „Die Frage ist doch, welche nachhaltigen Wirkungen machen sie aus?“ Eine Antwort darauf liefert die Staatssekretärin gleich selbst. Für sie hat sich die Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Land deutlich verbessert. Jetzt gebe es oftmals eine verlässliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen



„Das ist ein Ausdruck des gemeinsamen Engagements. Und das ist gut so.“

Vereinen, Schulen, der Landeszentrale für politische Bildung, kommunalen Verwaltungen und Ministerien. Das habe nicht nur die Vorbereitung der Landeskonferenz gezeigt, sondern ist für Beate Bröcker ein greifbares Ergebnis der Programmumsetzung: „Das ist ein Ausdruck des gemeinsamen Engagements. Und das ist gut so.“

Auch sonst sei im Land viel in Bewegung geraten: „Zu nennen ist hier das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, wir haben 10 Lokale Aktionspläne im Land und 5 Vielfalt-Modellprojekte, die ein breites Spektrum abdecken.“ Diesen Zweiklang aus Präventions- und Interventionsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt stellt sie kurz vor, ohne sich dabei vor einer Analyse der Angebotsnachfrage zu drücken. So hätten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Mobilen Beratungsteams festgestellt, dass die Bereitschaft in den Kommunen und den Einrichtungen gestiegen sei, die Unterstützung und den Rat auch wirklich anzunehmen. Daraus schlußfolgert Beate Bröcker: „Das Problembewußtsein für das Thema Rechtsextremismus konnte vor Ort durchaus gesteigert werden.“ Die Gäste erfahren zudem, dass auch im Jahr 2009 von rechtsextrem motivierten Gewalttaten vor allem nichtrechte und alternative Jugendliche betroffen waren. Ein Trend, den die Opferberatungsstellen bereits seit mehreren Jahren, nicht nur in Sachsen-Anhalt, ausmachen. Die Staatssekretärin würdigt

die Lokalen Aktionspläne zwischen der Altmark und dem Burgenlandkreis, die durch vielfältige Projekte und Aktivitäten gekennzeichnet sind. Für dieses Engagement bedankt sie sich ausdrücklich, war Beate Bröcker doch selbst einmal kommunal tätig: „Das Netzwerken und die Umsetzung eines Aktionsplanes fordert von allen sehr viel ab.“

„Der Handlungsbedarf für die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist in Sachsen-Anhalt ungebrochen.“

Gerade wegen dem hohen Niveau rechter Straftaten müsse diesem Phänomenbereich eine besondere Bedeutung beigemessen werden: „Der Handlungsbedarf für die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist in Sachsen-Anhalt ungebrochen.“ Die jüngsten Zahlen hat sie zur Illustration im Gepäck. Demnach wurden im vergangenen Jahr 1584 einschlägige Delikte polizeibekannt. Der leichte Rückgang um 10 % im Vergleich zu 2008 dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Problem auf Sachsen-Anhalts Straßen nach wie vor evident sei: „Bundesweit sind wir damit erneut Spitzenreiter.“ Zudem hebt die Rednerin die herausragende Stellung der NPD innerhalb der extrem rechten Szene des Landes hervor und macht dies auch am Ausbau der kommunalpolitischen Präsenz der rechtsextremen Partei fest. So sei es der NPD gelungen nach der letzten Kommunalwahl im Sommer 2009 ihre Mandate in Stadträten und Kreistagen auf insgesamt 32 auszubauen. Wenn die Wahlergebnisse, insbesondere in den kreisfreien Städten, wohl nicht die Erwartungen der Partei erfüllt hätten, könne von einer Entwarnung keine Rede sein. „Es ist festzustellen, dass die NPD als führende rechte Kraft flächenmäßig vertreten ist“, führt die Staatssekretärin weiter aus und verbindet diese Analyse mit einer klaren Forderung: „Wir müssen alles tun, um hier Einhalt zu gebieten.“ Zahlreiche Studien hätten zudem belegt, dass fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungsmuster keine Randerscheinungen seien, sondern sich in der Mitte der Gesellschaft finden ließen. Fremdenfeindlichkeit und autoritäre Haltungen seien in den Neuen Bundesländern „vergleichsweise stärker ausgeprägt“. In

„Das ist nicht auf Knopfdruck erledigt.“

diesem Zusammenhang ist der Staatsekretärin ein weitere Aspekt wichtig: „Rechtsextreme Einstellungen korrespondieren mit einer in der Bevölkerung vorhandenen Politikverdrossenheit.“ Dafür spreche auch die letzte Erhebung im Land, die als Sachsen-Anhalt-Monitor bekannt ist. Nach dieser Untersuchung stehe ein Teil der Bevölkerung der Demokratie und deren Beteiligungsmöglichkeiten distanziert gegenüber. Der Rückgang der Wahlbeteiligung sei dafür ein weiteres Indiz. Deshalb ist sich die Rednerin sicher: „Hier ist der Nährboden für Rechtsextremismus gelegt.“ Die Aufgabe aller demokratischen Institutionen sei es deshalb, dieser Entwicklung aktiv entgegenzutreten und attraktive Angebote zur Einbindung und Partizipation der Bürger und Bürgerinnen in die politischen Entscheidungen der Zukunft zu machen. Nicht ohne Optimismus stellt Beate Bröcker fest: „Wir brauchen für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und für die Stärkung der demokratischen Kultur einen langen Atem. Das ist nicht auf Knopfdruck erledigt.“ Umso wichtiger sei es, Strukturen und Angeboten eine möglichst nachhaltige Perspektive zu ermöglichen: „Wir müssen dafür sorgen, dass demokratische Handlungsmuster im Lebensumfeld, vor Ort, in

den Kommunen und auf den Dörfern erprobt werden.“ Politisch gebe es hierzu einen breiten Konsens. Den gelte es nun zu nutzen und auszubauen. Das Land Sachsen-Anhalt wöhnt die Staatssekretärin dabei auf einem guten Wege. Immerhin stellt der Haushalt für die Kofinanzierung der Strukturprojekte aus den Bundesprogrammen und den Handlungsfeldern Demokratieentwicklung und Rechtsextremismusprävention insgesamt, in den Jahren 2010 und 2011 jeweils ca. 800.000 € zur Verfügung. Zum Schluss ihres Grußwortes spricht die Rednerin noch ein heikles Thema an, dass in den letzten Wochen und Monaten durchaus kontrovers diskutiert wurde: „Die Ausweitung der Bundesprogramme auf die Themen Linksextremismus und Islamismus ist nicht ganz unproblematisch“. Vor allem die suggerierte Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus sieht sie dabei kritisch. Die Zahlen der politisch motivierten Kriminalität in Sachsen-Anhalt sprechen aus ihrer Sicht eine deutliche Sprache: „Die Straftaten im rechtsextremen Bereich spielen hier die Hauptrolle.“ Daraus leitete die Staatssekretärin eine zentrale Forderung ab: „Wir legen Wert darauf, dass der Fokus beim Rechtsextremismus bleibt.“

Fachimpuls

Die Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in den Neuen Bundesländern. Ableitungen für eine erfolgreiche Präventions- und Interventionsarbeit.

Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig)

Die Tagesmoderatorin Cornelia Habisch (Landeszentrale für politische Bildung) lässt es sich vor der Überleitung zum nächsten Impulsreferat nicht nehmen, beispielhaft auf eine Erfolgsgeschichte der Bundesprogramme in Sachsen-Anhalt



hinzuweisen. Mit der Hilfe von vier Lokalen Aktionsplänen im Land sei es gelungen, das Netzwerk "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" deutlich voranzubringen. Die Förderung von regional verankerten Anlaufstellen habe erheblich dazu beigetragen, das Anliegen dieses Beteiligungsprojekts bekannt zu machen: "Gerade in den drei kreisfreien Städten war die lokale Verankerung des Projekts eine wichtige Initialzündung, und viele Bildungsträger und Ehrenamtliche machen mit." Das freut vor allem das Netzwerk für Demokratie und Toleranz, das die Landeskoordination der europäischen Kampagne übernommen hat. "Wir haben vor vier Wochen die 50. Schule mit diesem Titel auszeichnen können", berichtet Cornelia Habisch nicht ohne Stolz.

„Die Studien zur Mitte – Entstehung rechtsextremer Einstellungen in den neuen Bundesländern“, prangt als große Überschrift auf der Leinwand und kündigt zugleich den Vortrag von Dr. Oliver Decker an. Der Wissenschaftler der Universität Leipzig hat seit 2002 an Untersuchungen mitgewirkt, die für das Verständnis und die öffentliche Wahrnehmung von rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einstellungspotentialen in der Bevölkerung von großer Bedeutung waren. Voran schickt Dr. Oliver Decker den Hinweis, dass die Befragungen in seinem Institut bundesweit angelegt sind. Ausschnitte aus den Neuen Bundesländern seien zwar möglich, dennoch schränkt er ein: „Diese Ergebnisse können nicht die gleiche Reichweite haben, wie auf Bundesebene.“ Das insbesondere die Studie VOM RAND ZUR MITTE so breit rezipiert worden sei, freut Decker noch heute: „Das ist immer ein schönes Moment, wenn nicht nur die Theorie zur Praxis drängt, sondern auch die Praxis zur Theorie.“ Wohl auch deshalb beginnt der Referent damit, ausgewählte Analysen aus dieser Repräsentativerhebung vorzustellen. In der Studie aus dem Jahr 2006, so Decker, konnten mit einer Förderung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung insgesamt 5.000 Probanden befragt werden. Wenn man sich die Zustimmungswerte zu ausländerfeindlichen Einstellungen im Ost-West-Vergleich anschau, sei der Unterschied nicht so groß, wie allgemein zu vermuten:

„Das ist immer ein schönes Moment, wenn nicht nur die Theorie zur Praxis drängt, sondern auch die Praxis zur Theorie.“



„Insbesondere vor dem Hintergrund der rechtsextrem motivierten Straftaten wäre da doch ein stärkeres Gefälle zu erwarten.“ Das es ein Gefälle dennoch gibt, räumt der

Wissenschaftler ein und präsentiert dazu Zahlen. So seien immerhin knapp 44% der Befragten in den Neuen Bundesländern der Meinung, dass die Ausländer nur hier herkommen, um den Sozialstaat auszunutzen: „Im Westen sind es nur 35 Prozent, wobei 'nur' hier sicherlich ein Euphemismus ist.“ Dr. Decker erklärt, dass diese Zahlen nur die Antwortkategorien „stimme zu“ oder „stimme voll und ganz zu“ berücksichtigen würden. Das für sich genommen, wären schon eindrucksvolle Werte. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht lohne es sich aber zudem, die deutlich große Gruppe im Mittelfeld in den Blick zu nehmen. Also die Befragten, die ihr Kreuz bei der Antwortmöglichkeit „teils, teils“ gemacht haben. Über die Motivation dieses Antwortverhaltens sei wenig bekannt, Vermutungen könnten dennoch angestellt werden: „Es kann sein, dass sie im Sinne der sozialen Erwünschtheit ihr Antwortverhalten modifiziert haben. Sprich sie dachten es gehört sich nicht, etwas gegen Ausländer zu sagen, obwohl sie so denken.“ Diesen „teils/teils“-Anteil bezogen auf das Vorurteil vom Ausnutzen des Sozialstaates, beziffert der Referent bezogen auf immerhin 31,9 Prozent.

Die Studie habe gezeigt, dass antisemitische Einstellungsmuster im Gegensatz zur Ausländerfeindlichkeit vor allem ein West-Phänomen sei. Das entsprechende Gefälle sei hier deutlich stärker ausgeprägt. Dass Juden heute noch zu großen Einfluss haben, findet demnach jeder 5. Befragte im Westen. Im Osten Deutschlands stimmten hier unter 10 % zu. Die Unentschlossenen würden auch hier eine nicht zu vernachlässigende, empirische Größe darstellen: „Ein Viertel bis ein Fünftel der Bevölkerung sind sich nicht ganz so sicher, ob es nicht doch etwas mit den Juden auf sich hat und lehnen die Aussagen zumindest nicht ab.“ Daraus liest der Soziologe der Universität Leipzig eine allgemeine Tendenz ab. So habe sich gezeigt, dass Befragte, die Antisemitismus ablehnen, zugleich nicht ausländerfeindlich eingestellt sind. Umgekehrt würden die Probanden, die ausländerfeindlichen Argumentationen folgen, auch beim Antisemitismus zustimmen.

Zur Frage, welche sozialpsychologischen Einflussfaktoren die Ausprägung einer rechtsextremen Einstellung begünstigen können, nennt der Wissenschaftler zunächst ein Stichwort: „Der Stellenwert von autoritärer Orientierung ist hier entscheidend, die ja traditionell in einem sehr engen Verhältnis mit dem eigenen Erleben eines autoritären Erziehungsstils steht.“ Damit zielt Dr. Decker auf die prägenden Erfahrungen in der Sozialisation im Elternhaus ab. Dieser Faktoren, die er als „erinnertes elterliches Erziehungsverhalten“ bezeichnet, stünden in einer unmittelbaren Korrelation zur späteren Präferenz zu rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern. Je höher die körperliche Gewalt sei, die die Person im Kindesalter durch die Eltern und insbesondere durch den Vater erfahren habe, umso deutlicher sei die rechtsextreme Einstellung ausgeprägt. Komme eine geringe emotionale Wärme hinzu, könne dieser Zusammenhang noch deutlicher nachgewiesen werden.

„Die Ostdeutschen versuchen, die Westdeutschen im Antisemitismus einzuholen und zu überholen.“

Die Untersuchung BEWEGUNG IN DER MITTE, die von der Universität Leipzig in den Jahren 2002, 2004, 2006 und 2008 durchgeführt wurde, ermöglicht laut Decker einen Längsschnitt über die Entwicklungen rechtsextremer Einstellungen. Und was für die Konferenzgäste wohl noch wichtiger ist, diese Studie lässt Rückschlüsse auf Befragungsergebnisse in Sachsen-Anhalt zu. Allerdings sei die Größe der Stichproben bei der Bewertung zu berücksichtigen: „Die sind schon sehr klein für Sachsen-Anhalt und die Fehlerwahrscheinlichkeit steigt.“ Insbesondere die an die Wand projizierten

Zustimmungswerte im Untersuchungsfeld Ausländerfeindlichkeit, sorgen für erhebliche Gemurmel im Saal, haben diese sich doch von 39,7 % im Jahr 2006 auf 63,3 % in 2008 exorbitant erhöht. Dr. Decker schließt hier eine systematische Verzerrung nicht aus, sagt aber auch: „Unabhängig davon sehen wir eine ganz deutliche Tendenz der Zunahme der Ausländerfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt. Von 2002 bis 2008 ist dieser Anteil stetig gestiegen.“ Auch antisemitische Einstellungen zwischen Arendsee und Zeitz hätten demnach deutlich angezogen. Während sich der Wert 2006 mit 2,6 % Prozent noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt bewegte, vervierfachte er sich innerhalb von nur zwei Jahren (2008) auf 11,2 Prozent. Eine Entwicklung, die der Soziologe in allen Neuen Bundesländern ausmacht: „Die Ostdeutschen versuchen, die Westdeutschen im Antisemitismus einzuholen und zu überholen.“

Die Stichproben der Studie BEWEGUNG IN DER MITTE erlaubten es, ein jährliche Mittel abzubilden und damit einen Vergleich der Bundesländer zu unternehmen. Dazu hat die Universität Leipzig, so Decker, die in den Jahren 2002-2008 jeweils befragten 500 Probanden in Sachsen-Anhalt zusammengefasst und in ein Verhältnis zu den Auswertungen zwischen Baden-Württemberg und Thüringen gesetzt. Ein Ergebnis ist für Sachsen-Anhalt mit einem Zustimmungswert von 39,3 Prozent mehr als ernüchternd, wird doch damit das bundesweite Ranking angeführt: „Dicht gefolgt von Bayern, hat dieses Land ein großes, ein sehr großes Problem mit der ausländerfeindlichen Einstellung.“



Die Erhebung erlaube zudem Rückschlüsse auf sozioökonomische Faktoren. Dabei geht es um die Frage, ob die tatsächliche soziale Deprivation, also der soziale Abstieg oder die Angst davor, in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Ausprägung und Verfestigung rechtsextremer Einstellungen gesetzt werden kann. So sei bei der Einkommensentwicklung in Ostdeutschland nachweisbar, dass immer mehr Menschen mit weniger als dem durchschnittlichen Verdienst auskommen müssten. Diese Gruppe sei es dann auch, die fremdenfeindlichen und antisemitischen Argumentationen am ehesten zustimmen würden. Doch Dr. Oliver Decker fordert hier eine differenzierte Sichtweise ein: „Es sind nicht automatisch die, die deutlich die Verlierer sind und dem abgehängten Prekariat angehören.“ Vielmehr würden die Menschen, die knapp unter dem durchschnittlichen Einkommen liegen, besonders anfällig sein. In diesem Segment würden sich die Zustimmungswerte konstant zwischen 40 und 45 % bewegen. Die niedrigsten Werte hätten zudem im Schnitt die Befragten, die zur höchsten Einkommensgruppe gezählt werden könnten.

Für die Gruppendiskussionsstudie EIN BLICK IN DIE MITTE konnten Decker und seine KollegInnen 60 Teilnehmer aus den quantitativen Repräsentativerhebungen gewinnen. Dieses qualitative Verfahren umreißt der Soziologe kurz: „Hier lassen wir die Leute in der Hoffnung reden, Antworten auf Fragen zu bekommen, die wir gar nicht gestellt haben.“ Dass diese gewonnen Erkenntnisse und Daten nicht repräsentativ sind, sei von vornherein einkalkuliert. Die Abbildung eines Zusammenhanges wäre hier das Ziel: „Wir fragen also vom Seelenende der Gesellschaft.“ Die Auswertung hätte u. a. gezeigt, dass ein klassischer Rassismus der auf vermeintliche biologische Unterschiede abhob, keine besonders große Rolle mehr spiele. Insbesondere kulturalistische Argumentationsmuster führten demnach zur Ausländerfeindlichkeit. Aussagen, Migranten und Migrantinnen würden nicht in unsere Gesellschaft passen, wären hier idealtypisch zu nennen: „Das sind hochprojektiv aufgeladene Figuren, die hier zum Tragen gekommen sind.“ Zudem habe die Religionszugehörigkeit als zentrales Abgrenzungsmotiv fungiert. „Was wir zu unserer Überraschung gefunden haben, war eine sehr weit verbreitete Gefahr der Stigmatisierung und Gewaltandrohung“, sagt Dr. Oliver Decker und meint damit Ausgrenzungserfahrungen durch Kollektive, staatliche Stellen und andere Gruppen. Der „Wohlstand als narzistische Plombe“, wie sich der Soziologe ausdrückt, sei ein weiterer Faktor, der in der Auswertung der qualitativen Gruppendiskussionen als problembehaftet markiert werden müsse. Drohe der Verlust des ökonomischen und sozialen Status Quo, könne dies antidemokratische Muster freilegen: „Es gibt ein Heilsversprechen in der warenproduzierende Gesellschaft, mit semireligiösen Zügen.“ Die Nichtteilhabe am Konsum würde als Kränkung erlebt. Hinzu komme in Deutschland, dass der wirtschaftliche Aufschwung und Wohlstand vor allem als Ersatzhandlung für die Kränkung des verlorenen Krieges fungiert habe. „Wir konnten feststellen, dass dies eine kompensatorische Funktion hatte. Anstatt eine Schamreaktion über

„Anstatt eine Schamreaktion über Mitläufertum und Täterschaft zu zeigen, wurde an dieser Stelle eine narzistische Plombe gesetzt.“

Mitläufertum und Täterschaft zu zeigen, wurde an dieser Stelle eine narzistische Plombe gesetzt.“ Dies habe eine demokratische Entwicklung in weiten Teilen der Bevölkerung am Ende verhindert.

Der Vortrag des Sozialwissenschaftlers schließt mit einer Frage aus dem Publikum. Die Diskutantin moniert, dass ihr in den Ausführungen die angekündigten Ableitungen für eine erfolgreiche Praxis zu kurz gekommen wäre und fordert dazu „einen anregenden Satz“. Den liefert Dr. Oliver Decker prompt im Stakatotakt: „Präventionsarbeit ist mit Sicherheit ein sehr zentrales Motiv. Hegemonie herstellen. Zivilgesellschaftliche Projekte müssen weitergeführt werden. Demokratisierung der Bildungseinrichtungen.“

Fachimpuls

Die Umsetzung der Bundesprogramme KOMPETENT FÜR DEMOKRATIE und VIELFALT TUT GUT.

Ute Seckendorf (Stiftung Demokratische Jugend)

Andrea Keppke (Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung)

Im Doppelpack stellen dann zwei Frauen, die es genau wissen müssen, die Bundesprogramme vor und machen Aussagen zu deren Wirksamkeit. Immerhin stehen Andrea Keppke und Ute Seckendorf den Regiestellen vor, die im Auftrag des Bundesfamilienministeriums die Programme umsetzen. Damit sind sie auch sehr eng in die Diskussionen um Fortführungsperspektiven eingebunden. Das sind Informationen, auf die nicht wenige Gäste im Publikum mit Spannung warten.

Andrea Keppke von der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (GsUB) koordiniert dabei zusammen mit ihren MitarbeiterInnen das VIELFALT-Programm, ist also u.a. für die bundesweit 90 Lokalen Aktionspläne und aktuell 89 Modellprojekte zuständig:

„Wie Sie alle wissen, ist das Programm sehr komplex und jedes Förderinstrument verdient es, nachvollziehbar ausgewertet zu werden.“ Die Bilanz im letzten Jahr der ersten Förderphase falle durchaus positiv aus. Die zweckmäßige Auslastung der Fördermittel sei mittlerweile gegeben. In den Jahren 2008 und 2009 hätte diese Quote fast 100% betragen. Die Zahlen dazu sind imposant. So habe der Bund im Jahr 2008 20,86 Millionen Euro an Projekte des Programms ausgereicht, im Folgejahr 16,43 Millionen. Einen Blumenstrauß hat Andrea Keppke für die ostdeutschen Bundesländer im Gepäck. Gerade bei der Umsetzung und Implementierung der Lokalen Aktionspläne (LAP) sei die „Zusammenarbeit gut und



eng“. In den alten Bundesländern habe sich das prozesshaft entwickelt. Gerade zum Start im Jahr 2007, erinnert Andrea Keppke, hätten viele daran gezweifelt, ob in den Kommunen überhaupt die notwendige Fachkompetenzen zur Umsetzung solcher „integrierten Handlungsstrategien zur Demokratieentwicklung“ vorhanden sind. Sie ist sich heute sicher, dass die Programmrealität solche Befürchtungen mittlerweile ab absurdam geführt hat: „Dieses Förderinstrument hat aus unserer Sicht an der richtigen Stelle angesetzt und die relevanten Träger die vor Ort zur Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft notwendig sind, an Bord geholt.“ Das zeige nicht zuletzt die Tatsache, dass alle 90 Aktionspläne nach wie vor die Förderkriterien erfüllen. Das die LAP's auch wirklich von der Trägerlandschaft angenommen werden und eben nicht ein Hort der Verwaltung seien, wäre auch aus dem Umstand abzuleiten, dass die LAP-Begleitausschüsse mehrheitlich mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen besetzt sind: „Das führe oftmals zu Auseinandersetzungen mit einer positiven Streitkultur, die dann Veränderungsprozesse in Gang setzen“. Das findet Andrea Keppke deshalb bemerkenswert, weil sich ausschließlich diese Gremien für die Umsetzung der Projekte in den Städten und Landkreisen verantwortlich zeichnen. Die Kommunen sind laut Programmrichtlinien dabei für die administrative Abwicklung zuständig. „Unsere Auswertung zeigt, dass von 2008 zu 2009 ein deutlicher Sprung zu verzeichnen ist.“, sagt die Rednerin mit Blick auf die Professionalisierung und die verstärkte Networking-Qualifizierung der LAP-Einzelprojekte, von denen bislang 4.500 bundesweit initiiert werden konnten. Auf der Ebene der Zielerreichung habe sich viel verbessert und die Arbeit der Begleitausschüsse sei stärker strategisch ausgerichtet. Zu dieser positiven Entwicklung habe zudem nicht unwesentlich das Coachingverfahren beigetragen.

„Das führe oftmals zu Auseinandersetzungen mit einer positiven Streitkultur, die dann Veränderungsprozesse in Gang setzen“

Die GSUB-Mitarbeiterin scheut sich nicht davor, auch Herausforderung anzusprechen, also die Bereiche, wo es in der praktischen Umsetzung der Aktionspläne noch klemmt. So sei es in vielen Kommunen bislang nur unzureichend gelungen, einflussreiche Persönlichkeiten als Türöffner für das Programm zu gewinnen. Das gelte auch für nachhaltige Verstetigungsprozesse, die in der Etablierung von Netzwerken und Bürgerbündnissen münden. Ein Problem sei zudem, dass nicht in allen Verwaltungen die notwendigen Personalressourcen für die administrative Bearbeitung zur Verfügung gestellt würden. Hinzu kämen Defizite in der strategischen Öffentlichkeitsarbeit.

„ Es macht keinen Sinn, dass Projektträger an administrativen Hürden verzweifeln.“

Danach geht die Referentin auf den Bereich der Modellprojekte ein. Diese Säule im VIELFALT-Programm setzt in ausgewählten Themenfeldern auf die Erprobung methodischer Ansätze und auf deren Übertragbarkeit. Derzeit seien 89 solcher Maßnahmen in der Förderung. Darunter, so die Koordinatorin, 18 Maßnahmen, die sich mit historischen und aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus auseinandersetzen, 19 Projekte

die mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen arbeiten und 34 Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft. Für 94 Modellprojekte wurden bislang im Jahr 2008 insgesamt 6,38 Millionen Euro ausgegeben und in 2009 ein Volumen von 5,42 Millionen. Als defizitäre Hürden bei der Umsetzung, habe sich vor allem die hohe Kofinanzierung von 50 % erwiesen, die von Andrea Keppke durchaus kritisch bewertet wird: „ Es macht keinen Sinn, dass Projektträger an administrativen Hürden verzweifeln. Das darf nicht überhand nehmen oder gar ausufern.“ Dafür bekommt sie Szenenapplaus. Weitere Herausforderungen sieht sie indes bei der Absicherung nachhaltiger Momente und im Ergebnis- und Übertragbarkeitstransfer. Mit Blumensträußen geizt Andrea Keppke wahrlich nicht und stellt den AkteurInnen in Sachsen-Anhalt abschließend nochmals eine gute Note aus: „Diese Landeskonferenz zeigt, das hier der programmübergreifende Austausch forciert wird.“



Ute Seckendorf (Stiftung Demokratische Jugend) startet mit einer kämpferischen Selbstermutigung durch: „Ich denke, wir schaffen das!“ Das bezieht die Projektkoordinatorin des Programms KOMPETENT FÜR DEMOKRATIE zunächst auf ihre Erkältung. Nicht unwahrscheinlich, dass dies vielleicht auch eine zutreffende Einschätzung des bislang Erreichten ist. Die Referentin geht zuerst auf die Vorgeschichte von KOMPETENT ein. Das Vorläuferprogramm CIVITAS habe bekanntlich Beratungsstrukturen im Handlungsfeld Rechtsextremismus unterstützt und gefördert: „Es gab damals den Rot-Grünen Willen, im Zuge des ‚Aufstandes der Anständigen‘ sofort etwas zu tun.“ In dieser Phase sei viel ausprobiert worden.

Neben Netzwerkstellen, dem Konzept der Mobilen Beratung und Opferberatungsprojekten, förderte CIVITAS zusätzlich Maßnahmen der Bildungs- und Jugendarbeit: „Das war ja auch absolutes Neuland, wie man sich diesem Themenbereich nähert.“ Rückblickend stand damals für sie vor allem die Sensibilisierung und Problembewußtseinsverstärkung im Vordergrund: „Was wirkt in bestimmten Situationen?“ Eine zentrale Erkenntnis aus den CIVITAS-Projekten habe schließlich in einem Prozess zur Qualifizierung hin zu KOMPETENT geführt: „Es fiel auf, dass es damals vor Ort viele Einzelkämpfer waren.“ Die Vernetzung zwischen den Projekten, oftmals sogar in einem Landkreis, habe sich als unglaublich schwierig erwiesen. Zu dieser Zeit wären plakative Aktionen in einer Region besser gewesen, als gar keine: „Das hatte damals seinen Sinn, so etwas zu tun.“ Aus diesen Erfahrungen, so Ute Seckendorf, habe man gelernt und eine neue Struktur skizziert, die sich nun in beiden Programmen wieder finde.

„Es fiel auf, dass es damals vor Ort viele Einzelkämpfer waren.“

Das Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sehr vielschichtige Problemlagen sind und komplexe Lösungsansätze nahezu bedingen, steht für die Programmkoordinatorin nicht zur Disposition: „Sie alle kennen die Anfrage von Journalisten, die Ursachen des Phänomens in zwei Sätzen zu erklären.“

„Es kann nicht mehr darum gehen, ob staatlich oder nicht staatlich, sondern nur noch um demokratisch oder nicht-demokratisch.“

Ute Seckendorf ist deshalb fest davon überzeugt: „Es kann nicht mehr darum gehen, ob staatlich oder nicht staatlich, sondern nur noch um demokratisch oder nicht-demokratisch.“ Die in der CIVITAS-Ära entstandenen Beratungsstrukturen in den neuen Bundesländern wären dabei der Ankerpunkt gewesen, um einen Erfahrungstransfer in alle Bundesländer zu gewährleisten. Das KOMPETENT-Programm stellt seit 2007 jährlich insgesamt 5 Millionen zur Verfügung. Lächelnd präsentiert die Mitarbeiterin der Stiftung Demokratische Jugend nun eine Karte der Bundesrepublik Deutschland: „Wir haben alle 16 Bundesländer im Programm. Für mich ist das eigentlich schon der große Sieg überhaupt.“ Daran habe sie bis Schleswig-Holstein, welches sich 2009 als letztes Land „unserem energischen Werben nicht mehr entziehen konnte“, nicht wirklich geglaubt. Denn, wie sie mit einem ironischen Unterton in der Stimme unterstreicht: „Es gibt Länder die behaupten: ‚Wir haben kein Problem mit Rechtsextremismus.‘ Dass genau die sagen, wir richten eine Landeskoordinierungsstelle zu den Themenkomplexen Rechtsextremismus und Antisemitismus ein, fand ich erstaunlich.“

Beide Programme seien strategisch aufeinander abgestimmt: „KOMPETENT ergänzt VIELFALT TUT GUT und das ist ja auch so gewollt und absolut richtig.“ In der Praxis seien Expertinnen und Experten aus den Lokalen Aktionspläne und VIELFALT-Modellprojekten im günstigsten Fall im Beratungsnetzwerk des jeweiligen Bundeslandes aktiv, erläutert Ute Seckendorf.



Das KOMPETENT-Programmdesign ist zweifellos vielen der Gäste im Publikum schon bekannt. Die Referentin nimmt sich jedoch die Zeit und geht nochmals auf die Handlungsfelder und Strukturprojekte ein: „Unser Schwerpunkt ist die anlassbezogene Intervention bei rechtsextremen Vorfällen und Bedrohungslagen.“ Den Begriff der ‚Krisenintervention‘, der noch zum Programmstart in den Richtlinien ganz fettgedruckt hervorgehoben wurde, verwendet sie dabei wissentlich nicht: „Wir haben hier ganz bewusst modifiziert und damit der Kritik an dem Begriff ‚Krise‘ Rechnung getragen. Auch wenn sich etwas zusammenbraut oder zusammenbrauen könnte, muss eine Beratung und Intervention möglich sein.“ Dies sei im Bundesfamilienministerium mittlerweile anerkanntes Fachwissen. Der neue und besondere Ansatz von KOMPETENT sei vielen wohl nicht bekannt, mutmaßt Seckendorf. Sie hat ihn in einem Satz mitgebracht: „Es gibt mittlerweile eine gemeinsame Strategie zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen in der Bekämpfung des Rechtsextremismus.“ Was so selbstverständlich klinge, sei es aber nicht. Vor KOMPETENT habe es Vernetzungstreffen auf Länderebene im Handlungsfeld nicht gegeben. Erst jetzt verständigten sich Referatsleiter aus unterschiedlichsten Ministerien regelmäßig darüber, was getan werden müsse. Ute Seckendorf illustriert dies an einem praktischen Beispiel: „Ihr habt eine NPD-Schulhof CD, wir haben auch eine. Ihr habt eine pädagogische Handreichung, wir nicht. Können wir die haben?“ Diesen Austausch habe es so themenzentriert vorher nicht gegeben, was ihr selbst lange nicht klar gewesen sei. Auch Gremien wie die Bundesinnenministerkonferenz könnten eine solche praxisbezogene Arbeitsebene nicht ersetzen. „Die Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen in einem Netzwerk ist die neue Qualität“, betont sie nochmals.

Die Beratungsnetzwerke in den Bundesländern seien strukturell sehr verschieden: „Wir haben da 16 unterschiedliche Modelle. Das ist wirklich handgeschnitzt, was wir da hinbekommen haben.“ Eine Maxime bei der Einrichtung habe man dabei konsequent verfolgt: Keine Doppelstrukturen schaffen. Im Klartext bedeute dies, dass auf bestehende Gremien zurückgegriffen worden sei, ein qualifizierter Ausbau im Sinne des Programms inklusive. Einige der Modelle stellt Ute Seckendorf exemplarisch vor. Das Beratungsnetzwerk in Mecklenburg-Vorpommern ist demnach mit fünf so genannten Regionalzentren aufgestellt. In diesen Knotenpunkten, die ganz bewusst in Schwerpunktregionen des organisierten verfassten und jugendkulturell orientierten Rechtsextremismus eingerichtet worden seien, werden alle Beratungsleistungen aus einer Hand für die jeweilige Region angeboten. Die mobilen Beratungsteams seien dort ebenso angedockt, wie die Opferberatungsstellen, Referenten der politischen Bildung oder Schulsozialarbeiter. Für Mecklenburg-Vorpommern hat Ute Seckendorf ein dickes Lob dabei, wäre doch in Schwerin die nachhaltige Verstärkung und Förderung im Bereich der Rechtsextremismusintervention am weitesten fortgeschritten: „Die haben dort ein Kabinettsbeschluss bis 2013 mit einem gesicherten Haushaltstitel. Das ist für mich bislang das Nonplusultra.“ In Bayern werde das Netzwerk dagegen vom Landesjugendring koordiniert, der dort quasi die Funktion eines

„Das ist wirklich handgeschnitzt, was wir da hinbekommen haben.“

Landesjugendamtes inne habe. Bislang wurden die Einsätze der Interventions- und Beratungsteams zentral gesteuert, eine regionale oder lokale Verortung der Projekte, wie in anderen Ländern, hätte es zunächst nicht gegeben. Doch die erprobten Modelle seien nun auch in München und Nürnberg aufgeschlagen: „Mittlerweile regionalisieren sie ihre Struktur und suchen kompetente Träger vor Ort.“

Die Zahlen und Statistiken, die die Referentin dann auspackt, zeigen das die Angebote im Land tatsächlich angenommen werden. Pro Jahr gebe es daher ca. 1600 Beratungsprozesse in Schulen, Verwaltungen, Verbänden und Vereinen, in denen die MitarbeiterInnen der Projekte Direktorinnen, Bürgermeister und Vereinsvorsitzende bei der Bewältigung rechtsextremer Ereignislagen zur Seite stehen oder Opfer rechter Gewalt unterstützen. Die Beratungsanlässe wären dabei vielschichtig. Die häufigsten zählt Ute Seckendorf auf: Rechtsextreme Propagandadelikte und Veranstaltungen im öffentlichen Raum, Gewalttaten und Bedrohungsszenarien und die rechtsextreme Übernahme von Immobilien.

Was sicherlich wenige wissen, auch KOMPETENT leistet sich zwei Modellprojekte. Im Verband der Deutschen Jugendfeuerwehr ginge es darum, eine stärkere demokratische Beteiligung zu ermöglichen und dies mit Elementen der Rechtsextremismusprävention zu verbinden. Passend firmiere das Projekt dann auch unter dem Titel „Jugendfeuerwehren strukturfit für Demokratie“: „Man hat da einen Demokratiebaustein in die Jugendleiterausbildung eingebracht und ein Notfalltelefon eingerichtet“, beschreibt die Referentin. Handlungsanleitungen im ländlichen Raum zur Verfügung zustellen und Checklisten für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, beispielsweise im Versammlungsrecht, anzubieten, habe sich das Modellprojekt des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftlichen Engagements (BBE) auf die Fahnen geschrieben: „Das ist eine ganz praktische Kiste.“

Ute Seckendorf endet mit einem Fazit. So ließe sich aus den bisherigen Erfahrungen der KOMPETENT-Beratungsarbeit zentrale Erkenntnisse destillieren: „Beratung muss an die Potentiale vor Ort anknüpfen und als Hilfe zur Selbsthilfe wirken. Sie muss als Unterstützung und nicht als Bevormundung angenommen werden und die Betroffenen langfristig in die Lage versetzen, die Probleme in die eigenen Hände zu nehmen.“ Die Voraussetzung für all dies sei der Wille zur Veränderung. Der dürfe jedoch nicht nur bei den Beraterinnen und Beratern vorhanden sein, sondern er müsse auch bei den KlientInnen erzeugt werden, die beraten werden wollen. Daraus leitet Ute Seckendorf eine Konsequenz ab, die gerade hinsichtlich der Fortführung des KOMPETENT-Programmes entscheidend sei: „Wir brauchen vergleichbare Qualitätsstandards für diese Arbeit.“ Dazu gehört aus ihrer Sicht auch, dass in diesem Prozess die Rollen und Zuständigkeiten in einem Gemeinwesen geklärt werden müssen: „Wir brauchen Akteurinnen und Akteure und wir brauchen Beraterinnen und Berater. Diese Vermischung ist oftmals eine schwierige Situation.“

„Wir brauchen Akteurinnen und Akteure und wir brauchen Beraterinnen und Berater.“

Fachimpuls

Lokale Aktionspläne, Beratungsnetzwerk und Modellprojekte in Sachsen-Anhalt

Hildegard Rode (Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt)



„Es ist schon eine Herausforderung in 15 Minuten die Umsetzung der beiden Bundesprogramme hier in Sachsen-Anhalt vorzustellen.“, sagt Hildegard Rode. Dass sie viele Menschen im Saal kennen, wie sie eingangs vermutet, wird durch heftiges Kopfnicken auf nicht wenigen Stühlen bestätigt. Kein Wunder, ist sie doch nicht nur für die Landeskoordination des KOMPETENT-Beratungsnetzwerkes zuständig, sondern mischt zudem heftig im VIELFALT-Kosmos mit, kennt die Lokalen Aktionspläne und Modellprojekte im Land.

Um zu wissen, über was man in Sachsen-Anhalt eigentlich spricht, ist eine kurze Strukturvorstellung unerlässlich. Den Anfang macht die Referentin mit dem Beratungsnetzwerk. Neben dem Sozialministerium als Koordinations- und Knotenpunkt gehörten demnach vier Träger zur KOMPETENT-Landschaft: Der Verein

Miteinander mit zwei regionalen Beratungsteams, drei Opferberatungsstellen und einer Recherche- und Fachstelle, das Alternative Jugendzentrum aus Dessau als Träger eines Mobilen Beratungsteams, die Freiwilligen-Agentur aus Halle mit dem „KompetenzEntwicklungsZentrum Bürgerschaftliches Engagement“ (KEZ) und das Multikulturelle Zentrum aus Dessau, das ebenfalls eine Opferberatungsstelle vorhalte.

Hildegard Rode wird dann schnell sehr praktisch und präsentiert eine Beratungsstatistik. Dabei stehen zwei Fragen im Mittelpunkt: Welche Institutionen mit welcher sozialräumlichen Verortung nehmen die Angebote wahr? Und: Warum und aus welchem Anlass wurde beraten? Das Ranking bei den BeratungsnehmerInnen führen demnach die öffentlichen Verwaltungen an. Im Jahr 2009, darauf beziehen sich die vorgestellten Zahlen mit einem Gesamtfallaufkommen von 144, hätten in diesem Bereich insgesamt 25 Prozesse von den Mobilen Beratungsteams begleitet werden können. Dicht gefolgt von politischen MandatsträgerInnen im Land, die 21 Fälle ausgemacht hätten. Hier vermutet die Referentin einen unmittelbaren Zusammenhang mit den Kommunalwahlen im letzten Jahr: „Das hängt auch damit zusammen, dass die NPD verstärkt in die Kreisparlamente eingezogen ist.“ Das Beratungsnetzwerk scheint zudem ein Standing bei Bündnissen gegen Rechts und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu haben, hätten diese doch insgesamt 21mal die Unterstützung gesucht. Die Auswertung im Bereich der

„Das hängt auch damit zusammen, dass die NPD verstärkt in die Kreisparlamente eingezogen ist.“

Beratungsanlässe zeige, dass in fast einem Drittel aller Fälle (31 %) öffentliche Veranstaltungen und Aktivitäten (Aufmärsche, Kundgebungen, Konzerte u. ä.) von Rechtsextremisten der Grund waren, warum sich Verwaltungen, Vereine und Bündnisse an die MitarbeiterInnen des Beratungsnetzwerkes gewandt hätten. Mit einem Anteil von 25% folgten gleich danach rechtsextreme Ereignislagen in Schulen. Dass Neonazis in Sachsen-Anhalt verstärkt darauf bedacht seien, ihre Infrastruktur und damit ihre Handlungsfähigkeit auszubauen, schlage sich in der 21prozentigen Trefferquote nieder, die mit der rechtsextremen Nutzung von Immobilien korreliere.

Die Zahlen der Opferberatungsprojekte im Land wiesen auch für 2009 einen Trend aus, der schon in den letzten Jahren zu beobachten sei und auf den die Staatssekretärin Beate Bröcker in ihrem Impuls bereits aufmerksam gemacht hatte. Unter den insgesamt 337 Betroffenen rechter Gewalt, mache die Gruppe der alternativen und nichtrechten Jugendlichen mit 193 Geschädigten die mit Abstand größte Opfergruppe aus, gefolgt von Rassismusopfern, also Flüchtlingen und MigrantInnen (74).

„Das zeigt, dass die Sensibilisierung in den Verwaltungen gestiegen ist.“

Hildegard Rode schätzt die Wirksamkeit der Beratungsstruktur ein und beginnt dort, wo sie zuvor aufgehört hat: „Die Opferberatungsprojekte machen eine sehr kompetente, engagierte und parteiische Arbeit.“ Dies sei umso wichtiger, da keine anderen staatlichen Stellen ein solch zugeschnittenes Angebot vorhielten. Die Auswertung der Fälle der Mobilen Beratungsteams habe eindrucksvoll gezeigt, dass vor allem

VerwaltungsmitarbeiterInnen und KommunalpolitikerInnen zum Telefon gegriffen hätten. Für die Landeskoordinatorin eine kleine Erfolgsgeschichte: „Das zeigt, dass die Sensibilisierung in den Verwaltungen gestiegen ist. Das ist generell zu begrüßen.“ Und noch eine wichtige Erkenntnis formuliert die Rednerin. Beratung sei vor Ort vor allem dort erfolgreich, wo es ansprechbare Schlüsselpersonen der Zivilgesellschaft gebe.

Dies ist zweifellos eine gute Überleitung zum nächsten Punkt im Vortrag Hildegard Rodes. Denn ohne Zweifel sind auch die VIELFALT-Modellprojekte auf die Unterstützung von lokalen Persönlichkeiten angewiesen. Spätestens dann, wenn die erprobten Methoden irgendwann in die Regelstrukturen übernommen werden sollen. Die fünf modellhaften Maßnahmen, die in Sachsen-Anhalt seit 2007 arbeiten, deckten dabei insgesamt drei der vom Programm gesetzten Themencluster ab. Das stark theaterpädagogisch ausgerichtete Projekt „Bühne frei für Respekt“ des Vereins Miteinander, habe sich dabei der Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen verschrieben. Das Cluster der Präventions- und Bildungsarbeit für die Einwanderungsgesellschaft, werde im Land gleich von drei Projekten repräsentiert: Der Friedenskreis Halle ist mit „Transkulturelle Kompetenz - Eine aktuelle Schlüsselqualifikation“ vertreten, das Multikulturelle Zentrum aus Dessau mit der „Interreligiösen und Interkulturellen Werkstatt“ und die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) führt „ORFIDE – Orientierungen finden – Identitäten entwickeln“ u. a. in

Magdeburg und Quedlinburg durch. Die früh ansetzende Prävention, so die Referentin, mache das Projekt „Hand in Hand. Kita ohne Rassismus“ aus. Es richte sich vorwiegend an ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen und werde ebenso vom Friedenskreis in Halle umgesetzt.



Bei den VIELFALT-Modellprojekten, die laut Rode in Sachsen-Anhalt im Jahr 2010 auslaufen, komme es in der jetzigen Phase primär darauf an, wie die Ergebnisse nun nachnutzbar festgehalten werden könnten. Hier sei das Ziel, die erarbeiteten Ansätze u.a. in Methodenhandbücher einfließen zu lassen und einen Transfer in Ausbildungscurriculas zu garantieren.

Eine Landkarte, auf der sich weiße und grüne Flecke so ungefähr die Waage halten, deutet schon an, was jetzt kommt. Hildegard Rode ist bei den 10 Lokalen Aktionspläne für Demokratie und Toleranz (LAP) angelangt. Diese starteten alle im Jahr 2007 und laufen Ende 2010 aus. In sechs Landkreisen, von der Altmark bis in das Burgenland, gibt es die LAP's. Dazu in Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau und in Burg. Bei den präventiv angelegten Projekten, von denen bisher insgesamt 401 gefördert worden seien, hätten sich schnell drei Aktivitätsschwerpunkte herauskristallisiert, die zugleich einen enormen Förderbedarf widerspiegeln. So erfährt der geneigte Gast, dass die LAP-Träger insgesamt 132 Einzelmaßnahmen im Bereich der Demokratie- und Toleranzerziehung, 73 Projekte, die sich mit interkulturellem Lernen und der antirassistischen Bildungsarbeit befassten, und 72 Aktionen zur Stärkung der Bürgergesellschaft auf den Weg gebracht haben. Imposant ist auch die Zahl, die die Referentin dann nennt: 206.019. So viele Menschen hätten die Aktionspläne mit ihren Projekten in Schulen, Vereinen, auf öffentlichen Plätzen und Straßen bislang erreicht.

Die Bilanz in diesem Programmbereich könne angesichts dieser Daten nur positiv ausfallen. Bemerkenswert findet Hildegard Rode die Kooperation in den Kommunen: „Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen

„Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Trägern und Initiativen auf Augenhöhe.“

Trägern und Initiativen auf Augenhöhe.“ Auch die Träger untereinander wären viel stärker als früher aufeinander zugegangen. Das habe die Vernetzung befördert und zugleich neue Kooperationsgeflechte entstehen lassen. Auch habe nicht zuletzt durch das Wirken der Aktionspläne die Sensibilisierung für rechtsextreme Denk- und Handlungsmuster in den Kommunen spürbar zugenommen, steht für sie fest. Davon hätten letztlich auch die KOMPETENT-Beratungsangebote profitiert.

Ihren perspektivischen Ausblick bezieht die Landeskoordinatorin beider Programme konsequenterweise auf alle Strukturbereiche. Das Beratungsnetzwerk stehe vor der Herausforderung, einheitliche Qualitätsstandards in die Beratungspraxis zu implementieren. Zudem sieht sie Nachjustierungsbedarf bei der ausgewogenen Vorhaltung der Strukturen: „Wir müssen schauen, ob mit den Beratungsangeboten die ganze Fläche abgedeckt wird und die Schwerpunktregionen im Land wirklich erreicht werden.“ Die Modellprojekte müssten die Nachhaltigkeit sicherstellen, insbesondere bei der Ergebnissicherung und der Rückbindung in Regelstrukturen. Bei den Lokalen Aktionsplänen wünscht sie sich, dass die gemachten Erfahrungen in den kommunalen Verwaltungen und in der Trägerlandschaft denen zu Gute kommen, die jetzt händeringend darauf angewiesen sind. Hildegard Rode bezieht sich damit auf die Kreise und Städte im Land, die ab 2011 die Förderung eines LAP's beim Bund ins Auge fassen.

Fachimpuls

Zur Evaluation der Bundesprogramme KOMPETENT FÜR DEMOKRATIE und VIELFALT TUT GUT.

Dr. Anne Schüttpelz (Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle)



„Wenn der Staat Geld ausgibt, will er wissen, was damit passiert“, sagt Tagesmoderatorin Cornelia Habisch und kündigt damit zugleich Dr. Anne Schüttpelz an. Die Mitarbeiterin des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) ist dabei für die Evaluation von Teilen beider Bundesprogramme zuständig. Der Hauptzweck dieser begleitenden Forschung: Einen Wissenschafts-Praxis-Transfer initiieren.

Dr. Schüttpelz umreißt zu Beginn die wichtigsten Fragestellungen, die sie zusammen mit ihrem Team im Auftrag des Bundesfamilienministeriums untersucht. Zum einem ginge es darum zu erfahren, inwieweit die geschaffenen Strukturen tatsächlich dazu beitragen, im Sinne der Leitlinien beider Programmen erfolgreich zu arbeiten. Neben diesen Erfolgsindikatoren schaue das

DJI sehr genau darauf, ob die Strukturprojekte von KOMPETENT und VIELFALT sich mit Regelstrukturen der Jugendhilfe vernetzen würden. Außerdem interessiere die Wissenschaft, wie sich die einzelnen Programmteile zueinander verhalten, also ob Synergieeffekte oder eher ein Abgrenzungsverhalten auszumachen seien.

Ein zentrales Ergebnis steht für die ForscherInnen dabei jetzt schon fest: „Der Bund hat mit den beiden Programmen erfolgreich dazu beigetragen, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland voranzubringen.“ Die bisherigen Evaluationsergebnisse ließen zudem den Schluss zu, dass die verschiedenen Ansätze in der Praxis angekommen seien und in den Kommunen und Ländern tatsächlich umgesetzt würden. Ein Punkt auf ihrer

Folie ist der Referentin besonders wichtig: Die Zielgruppenansprache. So sei es positiv zu bewerten, dass vor allem mit VIELFALT eben nicht nur Jugendliche angesprochen worden seien, sondern verstärkt auch Kinder im Grundschulalter. Zu dieser Analyse sei man gekommen, als die Modellprojekte und Lokalen Aktionspläne genauer unter die Lupe genommen wurden. Die Mobile Beratung im KOMPETENT-Programm hätte zudem verstärkt institutionelle Beratungsnehmer, also Kommunalverwaltungen, bei der Bewältigung rechtsextremer Ereignislagen im öffentlichen Raum in Anspruch. Ein Ergebnis, das sich auch mit den Erfahrungen in Sachsen-Anhalt decke.

Für die Lokalen Aktionspläne stellt die Referentin fest: „Der Ansatz, auf die Etablierung langfristiger Strategien vor Ort zu setzen und sich damit deutlich von der Einzelprojektförderung zu unterscheiden, hat sich bewährt.“ Es habe sich gezeigt, dass die Aktionspläne Maßnahmen erfolgreich bündeln könnten, die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung qualifiziert hätten und dass die LAP`s sich in der Regel in ihren Strategien tatsächlich an den örtlichen Problemlagen orientierten. Und nur so könne es schließlich gelingen, eine Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Tendenzen zu professionalisieren. Die Untersuchungsergebnisse belegten zudem die zentrale Rolle der LAP-Begleitausschüsse in diesem Prozess. Dies sei wiederum nur wirkungsmächtig gelungen, weil die Ausschüsse mehrheitlich mit zivilgesellschaftlichen VertreterInnen besetzt wären. So habe die Untersuchung der Zusammensetzung im Jahr 2008 hier immerhin einen Anteil von 59 % ausgewiesen. Danach komme erst der Verwaltungsanteil mit 28 % und schließlich die Kommunalpolitik (13 %). Doch in der Programmsäule der Lokalen Aktionspläne laufe noch nicht alles rund. So bestehe eine Herausforderungen darin, die lokale Wirtschaft und Schulen noch enger einzubinden. Das gelte sowohl für die Gesamtstrategie, als auch für die konkreten Projekte.

„Der Bund hat mit den beiden Programmen erfolgreich dazu beigetragen, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland voranzubringen.“

Die VIELFALT-Modellprojekte bekommen von Dr. Anne Schüttpelz insgesamt gute Noten: „Hier lässt sich sagen, dass viel versprechende Erprobungen im Feld der Prävention von Rechtsextremismus und des Demokratielernens stattfinden.“ Methoden würden inhaltlich reflektiert und begründet kombiniert. Als Beispiel nennt die Referentin die sinnvolle Kombination von Stadtteilarbeit mit Elternberatung für rechtsextrem gefährdete Jugendliche. „Im Bezug auf das abgebildete Spektrum lässt sich eine große inhaltliche Heterogenität ausmachen“, sagt sie zur Bandbreite der Projekte. Einschränkend fügt sie hinzu: „Das Handlungsfeld der geschlechtsspezifischen Arbeit mit männlichen Jugendlichen ist quantitativ deutlich unterrepräsentiert.“ Auch Angebote der Elternarbeit müssten aus ihrer Sicht noch stärkere Berücksichtigung finden. Einen Nachjustierungsbedarf sieht Dr. Anne Schüttpelz im Aufbrechen der regionalen Konzentration. Viele Modellprojekte seien so in den Bundesländern in Oberzentren angesiedelt. Das habe für die Träger Vorteile, erschwere aber die Implementierung von Maßnahmen im ländlichen Raum. Eine Konsequenz aus der thematischen Unterrepräsentanz, wie sie die Referentin heute schon beschrieb, müsse in der gezielten Förderung von Projekten in diesen Bereichen bestehen. Die Modellprojekte hätten zudem selbst den verstärkten Fachaustausch untereinander angeregt. Eine Forderung, der sich die wissenschaftliche Begleitung anschließe.



„Von allen wird der Ansatz der Mobilen Beratung, so wie er umgesetzt wird, als zielführend eingeschätzt,“ sagt die Referentin und ist damit bei Aussagen zum KOMPETENT-Programm angelangt. Die Befragung der Beratungsprojekte selbst, der KlientInnen und der Landeskoordinierungsstellen komme zu dem Schluss, dass mit den geschaffenen Strukturen eine anlassbezogene und professionelle Unterstützung von Ratsuchenden weitestgehend eingelöst werden könne. Auch das

DJI hält offenbar die lokale Verankerung der Beratungsteams für unerlässlich: „Diese Regionalisierung von Steuerungsfunktionen, die Kenntnisse regionaler Strukturen und Ansprechpartner ist entscheidend, um Handlungsalternativen erwägen zu können.“ Komme dann noch eine „grundlegende personelle Kontinuität“, also feste Beratungsteams hinzu, stiegen die Chancen für einen erfolgreichen Prozess ungemein. Dass die befragten Beratungsnehmerinnen vor allem das fachspezifische Know How der Teams und deren moderierende Kommunikationskompetenzen hervorhoben, unterstreiche diese Notwendigkeit zusätzlich. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitforschung hapere es im KOMPETENT-Programm vor allem an einer strategischen Öffentlichkeitsarbeit. Die sei jedoch notwendig, um eine Stabilisierung der öffentlichen Akzeptanz auszubauen und die Angebote bekannter zu machen. Ein Vorschlag, den sie heute mitgebracht hat: Erfolgreiche Beratungsverläufe redaktionell aufbereiten und dann vorstellen. „Die Abstimmung der Beratungsteams untereinander ist zum Teil noch verbesserungswürdig,“ umreißt die Referentin ein Defizit, adressiert an die Landeskoordinierungsstellen. Zudem verlange gerade die handlungsleitende Prämisse „Hilfe zur Selbsthilfe“ von den Beraterinnen und Beratern ein sicheres Rollenverständnis. Dazu könnten abgestimmte Qualitätsstandards und spezifische Fortbildungen beitragen: „Hier müssen wir Know How bergen und zugänglich machen.“ Eine Realität beider Programme, die vielen an der Projektbasis wohl längst bekannt sei, bestünde in der schwierigen Trennung von präventiven und interventionistischen Elementen, die in der Praxis nur schwer durchzuhalten wäre: „Wir schlagen vor, Verknüpfungen von Prävention und Intervention konzeptionell zu zulassen.“

„Hier müssen wir Know How bergen und zugänglich machen.“

„Rechtsextremismus und Antisemitismus spielen nicht nur bei Herkunftsdeutschen eine Rolle, sondern auch bei hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund.“

Abschließend benennt Dr. Anne Schüttpelz übergreifende Veränderungs- und Ausbaupotentiale, also solche, die beide Bundesprogramme tangieren. Bei der inhaltlichen Ausprägung sollten so mehr Ansätze umgesetzt werden, die sich mit dem demokratischen Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft auseinandersetzen: „Rechtsextremismus und Antisemitismus spielen nicht nur bei Herkunftsdeutschen eine Rolle, sondern auch bei hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Dies sollte die Programmentwicklung berücksichtigen.“ Hierzu gebe es

noch zu wenige konkrete Ideen und Methoden. Einen solchen Bedarf macht die Referentin auch in der Beschäftigung mit dem Ethnopluralismus, also der auf modern gespülten Form des Rassismus im organisiert verfassten Rechtsextremismus, aus: „Der gesellschaftliche Programmkontext könnte an diesen Stellen noch expliziert werden.“ Wenn die Gesamtstrategie noch erfolgreicher wirken sollte, komme man zudem um eine noch engere inhaltliche und operative Verzahnung der Programme nicht umhin. Ein Manko bestünde darüber hinaus in der Bekanntheit von KOMPETENT und VIELFALT in der Fachöffentlichkeit, insbesondere im universitären Sektor. Das habe nicht zuletzt eine Befragung nicht an den Programmen beteiligter ExpertInnen deutlich gezeigt.

Gesprächsforum mit den ImpulsgeberInnen

Perspektiven lokaler Strategien der Demokratieförderung in Sachsen-Anhalt

Moderation: **Olaf Ebert** (Geschäftsführer Freiwilligen-Agentur Halle)

Olaf Ebert schreitet durch den Saal, das Funk-Mikrofon immer in der Hand. Der Geschäftsführer der Freiwilligen-Agentur in Halle kennt sich im Handlungsfeld aus, hat er doch in den vergangenen Jahren das Coaching der Lokalen Aktionspläne in Sachsen-Anhalt koordiniert. Heute moderiert er das Gesprächsforum und fängt zunächst eine Frage von Dr. Thomas Heine-Luprich ein. Der Caritas-Mitarbeiter möchte vom Soziologen Oliver Decker wissen, ob die Dunkelziffer der ausländerfeindlichen Einstellungen nicht größer wären, als es die Studien seines Institutes abbilden. „Ist die Dunkelziffer nicht noch größer?“ antwortet Dr. Oliver Decker mit einer rhetorischen Gegenfrage und löst sich gleich selbst auf: „Ich persönlich vermute: 'Ja'.“ Es hänge ja immer davon ab, wo man in diesen Befragungen eine Trennlinie ziehe: „39 % in Sachsen-Anhalt sind ausländerfeindlich eingestellt bedeutet, diese Probanden haben sich zu allen drei Aussagen ausländerfeindlich positioniert.“ Man könne die Zustimmungswerte für die Einordnung auch weiter nach unten setzen, so wie es einige Studien tun würden: „Wir haben uns für eine konservative Rechnung entschieden und haben dafür schon genügend Prügel bezogen.“ Dennoch seien die Zahlen trotz der konservativen Schätzung sehr hoch „Ich befürchte, wenn wir hier in Deutschland eine Abstimmung über Todesstrafe, Moscheen und ähnliche Dinge hätten, würde das nicht gut ausgehen,“ sagt er zu der kürzlichen Volksbefragung zum Minarettverbot in der Schweiz. Hier habe sich gezeigt, dass antidemokratische Einstellungen und das Empfinden des individuellen Wohlstandes zusammenhängen: „Obwohl die Schweiz so wohlhabend ist, wie kommt es dann zu solchen antidemokratischen Ausprägungen?“

„Ich befürchte, wenn wir hier in Deutschland eine Abstimmung über Todesstrafe, Moscheen und ähnliche Dinge hätten, würde das nicht gut ausgehen.“

Auch hier antwortet der Wissenschaftler der Universität Leipzig selbst. Wohlstand und Armut seien beides relative Begriffe. Es ginge es aber auch gar nicht darum, sondern um eine irrationale „Angst vor dem Abstieg“ ohne ein objektives Armutserleben: „Wenn alle einen Lehmfußboden haben, wird sich der einzelne, der darauf lebt, nicht als arm begreifen, wenn er ihn hat.“ Ungefragt schlägt Dr. Decker außerdem einen Bogen zum eigentlichen Thema des Gesprächsforums. Die Studien hätten ja gerade gezeigt, dass die Menschen, die kurz davor stünden sozial abgehängt zu werden, die höchste Ausprägung rechtsextremer Einstellungsmuster aufwiesen. Man müsse es nicht gegeneinander diskutieren, dass sich die Programme bisher auf Krisenintervention und Jugendarbeit konzentriert hätten. Zur Perspektive der Demokratieförderung, auch in Sachsen-Anhalt, müsse sich aber eine ganz andere Frage gestellt werden: „Wie kommen wir an die anderen Bevölkerungsteile heran?“, nämlich an jene, die im Gros den ausländerfeindlichen Aussagen zustimmen würden. Jugendliche seien dies nicht. Vorwiegend junge Männer bis 25 exekutierten die rechtsextreme Gewalt auf der Straße zwar: „Die sind aber nicht die Träger dieser Ideologie.“ An Interventionsstrategien in diesem Bereich fehle es tatsächlich. Die Öffentlichkeit gerade im Westen der Republik, das habe die Studie 2008 gezeigt, gehe nun kritischer mit der Auseinandersetzung um den Rechtsextremismus um. Die Zustimmungswerte hätten sich abgeschwächt. Für den Sozialwissenschaftler auch ein Erfolg der Bundesprogramme und der geförderten zivilgesellschaftlichen Projekte. Deshalb stelle sich für ihn gar nicht die Frage, ob diese fortgesetzt werden müssten, sondern er plädiert für einen nachhaltigen Ausbau und eine Regelförderung: „Sie haben nicht dazu geführt, dass die Leute, die nun nicht mehr zustimmen, automatisch Demokraten geworden sind. Aber das hat deutlich gemacht: 'Das darf keine Hegemonie haben.'“ Für diese Forderung bekommt Dr. Decker Applaus, nicht nur aus den ersten Reihen.



„Der Topf zur Weiterentwicklung der Programme wird wohl nicht der Wirtschaftskrise und den Sparinvestitionen zum Opfer fallen.“

„Da scheinen sie den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben“, findet auch Olaf Ebert und spielt den Strategiedebatten-Ball zuerst an Andrea Keppke weiter. Sie sagt, dass der Bund sein Engagement im Bereich der Rechtsextremismusbekämpfung über die Jahre kontinuierlich ausgebaut habe. Dann rückt die VIELFALT-Programmkoordinatorin mit einer Information heraus, auf die nicht wenige im Saal aus so berufenem Munde ungeduldig gewartet haben: „Die 24 Millionen sind im kommenden Bundeshaushalt fest eingeplant.“ Im Klartext hieße das, dass auch im nächsten Jahr Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und

Beratungsnetzwerke im bisherigen Umfang gefördert würden. MitarbeiterInnen des Bundesfamilienministeriums hätten zudem versichert: „Der Topf zur Weiterentwicklung der Programme wird wohl nicht der Wirtschaftskrise und den Sparinvestitionen zum Opfer fallen.“ Für Andrea Keppke steht fest, dass die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den Ländern im Handlungsfeld eine deutliche Dynamisierung erfahren habe, vor allem im Vergleich zu den Vorläuferprogrammen. Ausbaufähige Potentiale sieht sie hier dennoch. Gerade weil die Mittel in den öffentlichen Haushalten knapper würden, müsse der Qualität und die Erfolgskontrolle der Projekte Priorität eingeräumt werden: „Wir brauchen eine ressortübergreifende und transparente Debatte über Erfolgsindikatoren auf Landesebene ebenso, wie auf der kommunalen.“

„Wir haben ja in den letzten Monaten relativ jenseits der wissenschaftlichen Bewertung eine politische Diskussion um die Ausrichtung der Programme, insbesondere die Neuauflage einer Extremismusdebatte,“ sagt Susi Möbeck. Die Integrationsbeauftragte Sachsen-Anhalts möchte von Ute Seckendorf erfahren, was es mit Blick auf die praktische Umsetzung auf sich habe. Susi Möbeck liegen dabei Informationen vor, dass VIELFALT und KOMPETENT nicht erweitert werden sollten und stattdessen für die Themenfelder Linksextremismus und Islamismus eigene Programme aufgelegt werden würden. Während Ute Seckendorf bereits zustimmend nickt, wirft die Integrationsbeauftragte noch ein: „Ich gehe davon aus, dass

Rechtsextremismus und Linksextremismus sehr verschiedene Ursachen haben. Eine Übertragung von Konzepten und Methoden kann ich mir deshalb nur schwer vorstellen.“ Noch eine Sache liegt Möbeck am Herzen: Die diskutierte Regelabfrage beim Verfassungsschutz hinsichtlich KOMPETENT- und VIELFALT-Trägern: „Ein Generalverdacht gegenüber Projekten, die im Bereich

„Wir haben ja in den letzten Monaten relativ jenseits der wissenschaftlichen Bewertung eine... Neuauflage einer Extremismusdebatte.“

der Demokratieentwicklung unterwegs sind, möchte ich jedenfalls nicht akzeptieren.“ Ute Seckendorf rückt zunächst Zuständigkeiten zurecht: „Ich bin keine Beamte des Bundesministeriums und weder für die Staatshilfe für die Banken und den Afghanistan-Einsatz verantwortlich. Da schwingt immer so ein Ton mit, als ob wir hier gerade die Kanzlerin vertreten.“ Sie kenne aus dem Bundesfamilienministerium Aussagen, wonach es Programme für den Bereiche Linksextremismus und Islamismus geben solle: „Der Begriff des Islamismus ist dabei wohl so nicht haltbar. Wenn, dann reden wir über eine andere Definition.

„Das Wort ‚Islam‘ darf darin nicht vorkommen.“

„Da schwingt immer so ein Ton mit, als ob wir hier gerade die Kanzlerin vertreten.“

Das Wort ‚Islam‘ darf darin nicht vorkommen.“ Den Bedarf für eine solche Themenerweiterung sieht sie dennoch: „Wir werden es am 1. Mai, zum Beispiel in Hamburg oder Köln wieder erleben, dass es in bestimmten Regionen ein Problem ist. Das kann niemand ernsthaft leugnen.“ Zunächst, so ihr Kenntnisstand, solle es nun erste Untersuchungen über Ursachen und die Zielgruppen geben. Vor allem deshalb, weil im Forschungsfeld dazu noch nicht allzu viel bekannt sei. Das schließe die Erarbeitung geeigneter Methoden ein:

„Für mich läuft es ganz klar in die Richtung, Demokratieverständnis und des Demokratieerlernens hinaus.“ Mit Hamburger und Berliner Behörden habe es dazu bereits erste Gespräche gegeben: „Der Plan ist, dass es ein eigenes Programm geben soll für das 2-5 Millionen in den Haushalt eingestellt sind.“ Schon jetzt sei es ein Fakt, dass in beiden Programmen nur mit AkteurInnen gearbeitet werde, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes befänden. Seckendorf stellt klar: „Eine Regelanfrage wird es nicht geben. Das ist auch gar nicht händelbar, da der Verfassungsschutz die Ergebnisse sowieso nicht rausrückt.“

„Die Lücken schließen dann rechtsextreme Kameradschaften.“

„Die Förderpyramide in der Bundesrepublik steht auf dem Kopf“, sagt Ute Seckendorf zur Frage eines stärkeren Engagements von Ländern und Kommunen, die sich bislang nicht im gewünschten Maße Vorhaben zur Demokratieentwicklung widmen würden. Wenn dann noch flächendeckend Regelstrukturen in der Kinder- und Jugendförderung wegbrächen, müsse man sich über besorgniserregende Entwicklung nicht wundern: „Die Lücken schließen dann

rechtsextreme Kameradschaften.“ Sie macht noch ein weiteres Defizit aus, das heute schon mehrmals zur Sprache kam. Es fehle an der länderübergreifenden Kooperation in den Ressorts, nicht nur im Bildungssektor: „Warum wird Demokratieerziehung nicht Bestandteil des Unterrichts?“ Es funktioniere dort gut, wo sich alle einig wären: „Ich habe Bundesländer erlebt, da saßen die zuständigen Senatoren das erste Mal an einem Tisch.“ Die Programmkoordinatorin bemüht erneut das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. Dort gebe es u. a. eine interministerielle Arbeitsgruppe die sich abstimme und Weichen stelle. Die Voraussetzung dafür: Der politische Wille auf allen Ebenen.

Die Abschlussfrage stellt Olaf Ebert an Hildegard Rode: „Wie schätzen sie den Grad der Vernetzung aller relevanten Akteure in Sachsen-Anhalt ein?“ Besonders interessiert den Geschäftsführer der Freiwilligen-Agentur dabei die Initiierung eines Landesprogramms für Demokratie und Toleranz, dass es in den anderen Neuen Bundesländern bekanntlich bereits gebe. „Die Zusammenarbeit mit dem Bund, insbesondere bei dem KOMPETENT-Programm, ist sehr gut,“ stellt die Landeskoordinatorin fest. Die länderübergreifende Kooperation der Beratungsnetzwerke wäre dabei „fachlich sehr befruchtend“. Für VIELFALT wünscht sich Hildegard Rode zukünftig ebenso eine

„Perspektivisch ist zu überlegen, ob nicht auch in Sachsen-Anhalt ein Landesprogramm aufgelegt werden sollte.“

Landeskoordination, die bislang nicht vorgesehen sei. Der interministerielle Arbeitskreis Rechtsextremismus, den es im Magdeburger Landtag gibt, versuche die Ansätze und Interventionsnotwendigkeiten ein wenig zu steuern: „Ich denke in der Tat, dass das noch ausbaufähig ist.“ Rode spricht sich außerdem für eine Regionalisierung der Projekte aus und meint damit nicht nur die aus den Bundesprogrammen: „Da gehört auch 'Schule ohne Rassismus' und Jugendarbeit hinein.“ Auf Olaf Eberts Eingangsfrage antwortet sie für viele überraschend klar: „Perspektivisch ist zu überlegen, ob nicht auch in Sachsen-Anhalt ein Landesprogramm aufgelegt werden sollte.“



Podiumsdiskussion

LOKAL HANDELN FÜR DEMOKRATIE

mit:

Holger Hövelmann (Innenminister Sachsen-Anhalt)

Ludwig Hoffmann (Oberbürgermeister a. D. Wernigerode)

Dr. Detlef Eckert (Vorsitzender des Sozialausschusses im Landtag Sachsen-Anhalt)

Pascal Begrich (Geschäftsführer Miteinander e. V.)

Moderation: **Bastian Wierzioch** (Mitteldeutscher Rundfunk)

„Die nun anstehenden 90 Minuten versprechen spannend zu werden.“, verspricht Bastian Wierzioch. Der Hörfunkjournalist hat für die ARD-Senderfamilie schon viele Beiträge produziert, die sich mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Er kommt also quasi vom Fach und spricht zu Beginn den 1. Sicherheitspolitiker im Land an: „Geben Sie uns bitte ein kleines Lagebild zum Phänomenbereich Rechtsextremismus im Land.“ Innenminister Holger Hövelmann (SPD) stellt sich

„Dreiviertel aller Straftaten sind rechtsextremistisch motiviert.“

„Ich will es offen sagen: Wir kommen viel zu häufig.“

zum Antworten hin und flakst: „90 Minuten haben wir jetzt, die kann ich locker mit dieser Analyse füllen.“ Der Moderator konkretisiert: „Bitte eine kleine Skizze.“ Der SPD-Politiker stellt zunächst fest, dass Polizei und Justiz dann kommen würden, wenn die Demokratie augenscheinlich nicht funktioniert habe: „Ich will es offen sagen: Wir kommen viel zu häufig.“ In den letzten zwei Jahrzehnten sei zwischen Arendsee und Zeitz ein „kontinuierlicher Anstieg der politisch motivierten Kriminalität“ festgestellt worden. Der leichte Rückgang im Jahr 2009, dürfe dabei nicht überwertet werden: „Wir sind auf einem viel zu hohen Niveau.“ Die Propagandadelikte, aber auch die Gewaltstraftaten würden in seinem Haus mit großer Sorge betrachtet. Dass unter seiner Ägide die Schwerpunktsetzung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus bleibt, daraus macht Holger Hövelmann keinen Hehl und sagt auch warum: „Dreiviertel aller Straftaten sind rechtsextremistisch motiviert. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache.“ Was zudem kurios sei, wäre die fehlende regionale Häufung. Wirkliche Hotspots rechter Gewalt im Land seien kaum auszumachen: „Sie können das nicht richtig zuordnen. Da geht mitten durchs Land ein Streifen, wo häufiger etwas passiert.“ Die Stadt Dessau-Roßlau sei ein Schwerpunkt, hin und wieder die Region Wolfen-Bitterfeld und punktuell der Süden des Landes. Dies mache die polizeiliche Strategie und Planung nicht einfacher. Auf die flächendeckende Präsenz und Sensibilisierung in ganz Sachsen-Anhalt komme es an.



Wie kann nun das Demokratiebewußtsein der Bürger und BürgerInnen wirksam gestärkt werden? Diese sicherlich sehr komplexe Frage bekommt Ludwig Hoffmann vom Moderator überreicht. Der ehemalige Bürgermeister der Stadt Wernigerode, sitzt heute noch im Kreisparlament im Harz und muss sich dort auch mit der NPD auseinandersetzen. Rechtsextremismus hat es bei uns in Wernigerode immer in Wellenbewegungen gegeben,“ so der Kommunalpolitiker. Anfang der 1990iger Jahre wäre so die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) stark im Landkreis aufgestellt

**„Das Wenige,
was wir können,
sollten wir aber
wenigstens
machen.“**

gewesen, um die Jahrtausendwende habe man dann wieder einen deutlichen Zuwachs verzeichnet und darauf mit der Gründung eines Bürgerbündnisses gegen Rechts unmittelbar reagiert. Dieses Netzwerk sei breit aufgestellt und reagiere auf öffentliche Auftritte der rechten Szene: „So haben wir symbolisch den Nazidreck weggefegt.“ Die Verwaltung, sagt Ludwig Hoffmann aus seinen Erfahrungen heraus, könne gerade bei Aufmärschen und Kundgebungen von Rechts nicht viel machen: „Das Wenige, was wir können, sollten wir aber wenigstens machen.“ Dazu gehört für ihn, dass die Verwaltungsspitze und die demokratischen Parteien „eine klare Ansage machen und Position beziehen“. Ludwig Hoffmann illustriert das, was er einfordert, an einem Beispiel aus seiner Region. So habe sich der Kreistag des Harzlandkreises zu seiner konstituierenden Sitzung im Jahr 2007 darauf verständigt, nicht mit den beiden NPD-Abgeordneten zusammen zu arbeiten: „Das hat jetzt die ganzen 3 Jahre gehalten.“ Zudem plädiert er dafür, alle rechtlichen Möglichkeiten, die es gebe, zur Not auch mit einer gehörigen Portion Kreativität, auszunutzen. Vor allem, aber nicht nur, bei rechtsextremen Veranstaltungen im öffentlichen Raum. Von Verbotsverfügungen mit Aussicht auf wenig Erfolg, hält der CDU-Politiker wenig: „Den 2. Platz in einer Auseinandersetzung zu machen, ist nie gut.“ Ein ambivalentes Verhältnis hat Ludwig Hoffmann zur Öffentlichkeitsarbeit. „Man ist immer hin und hergerissen, ob berichtet werden soll oder nicht. Vielleicht ärgern sie sich ja am meisten, wenn nichts geschrieben wird,“ reflektierte er die Diskussionen, die Verwaltung und Vereine in der Stadt Wernigerode nicht nur einmal geführt hätten. Einen Königsweg, so der Kommunalpolitiker, gebe es dafür nicht. Kommunen könnten also einiges tun. Bei allen sei diese Erkenntnisse aber noch nicht angekommen: „Manche Kollegen sind da indifferent, das ist schade.“

**„Manche
Kollegen sind
da indifferent,
das ist schade.“**

Die einheitliche Phalanx gegen Rechtsextremismus würde vielerorts beschworen. Dass es aber dann wirklich zur Gründung von demokratischen Netzwerken komme, wäre gar nicht so eine ausgemachte Sache, meint Bastian Wierzioch. Von Dr. Detlef Eckert (Linke), der dem Sozialausschuss des Magdeburger Landtages vorsteht, möchte der Moderator wissen, wie es mit der Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte im Land bestellt sei. Seine Erfahrungen wären da fast durchweg positiv, so der Landtagsabgeordnete. Ihn treibe jedoch, vor allem nach dem bisherigen Tagungsprogramm, etwas anderes um: „Evaluieren können wir ganz gut. Viel wichtiger ist doch aber: Wie geht es weiter?“ Dr. Eckert wirbt für die Verstetigung der Projekte im Land, die aus seiner Sicht nur mit einer

**„Ich würde jetzt nicht
mehr prüfen, sondern
ich sage: Natürlich
machen wir ein
Landesprogramm.“**

zentralen Strategie gelingen können: „Ich würde jetzt nicht mehr prüfen, sondern ich sage: Natürlich machen wir ein Landesprogramm.“ Eine feste Finanzierung im Handlungsfeld sei längst überfällig. Das die Förderpyramide im Land auf dem Kopf steht, sieht auch er so. An die Adresse der anwesenden Programmkoordinatorinnen gerichtet, fordert er die Handlungsfähigkeit der Kommunen endlich zu stärken: „Seit 20 Jahren diskutiert der Bund darüber, die Kommunalfinanzen zu reformieren. Tun sie es endlich!“

Pascal Begrich, Geschäftsführer des Vereins Miteinander, wird vom Moderator gebeten: „Erklären Sie uns doch bitte den Paradigmenwechsel von Civitas zu den neuen Bundesprogrammen.“ Einen strategischen Neuanfang, kann der Befragte in einer solch großen Tragweite gar nicht ausmachen. Innovative Justierungen die wirklich sinnvoll seien, sieht jedoch auch er: „Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen könnte man vielleicht als Wechsel bezeichnen.“

Dieser Neuorientierung habe sein Verein gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen anfangs sehr kritisch gegenübergestanden. Gerade die Lokalen Aktionspläne, die funktionierten, hätten jedoch gezeigt, dass diese Strategie aufgehen könne.

Innenminister Hövelmann wird wohl auch in seiner Funktion als Kabinettsmitglied gefragt, wie denn die von vielen als zu hoch eingestuften bürokratischen Hürden und Verfahren bei der Unterstützung und Förderung der Projekte gegen Rechts im Land abgebaut werden könnten. Denn, so der Tenor, wenn die Vereine ihre Zuwendungsbescheide für das laufende Jahr erst im Mai im Postkasten hätten, verunsichere das nicht nur die Träger, sondern behindere die Arbeit ganz konkret.

„Hier müssen sich drei Landkreise einen Islamisten teilen.“

Zunächst möchte der SPD-Politiker eine Ansage aus Magdeburg ins politische Berlin senden: „Es darf in den Programmen nicht gekürzt werden. Die schräge Diskussion ‚Was machen wir jetzt mit dem Islamismus‘ darf nicht dazu führen, dass weniger gegen den Rechtsextremismus gemacht wird.“ In Sachsen-Anhalt, sei dies nun einmal nicht das Problem: „Hier müssen sich drei Landkreise einen Islamisten teilen.“ Holger Hövelmann weiß, dass man von „Dritten immer viel fordern kann“.

Natürlich habe auch das Bundesland eine Verantwortung bei der Projektförderung zu tragen. Bei allem Verständnis für die Forderung nach einer zügigen Auszahlung von Fördergeldern, rückt der Minister auch die andere Seite in den Blickpunkt: „Natürlich muss die Verwaltung an dieser Stelle sehr genau prüfen. Es sind ja immerhin öffentlichen Mittel.“ Eine Zusage, lässt sich Holger Hövelmann dennoch entlocken: „Ich werde diese Anliegen aus der heutigen Runde mit in die Landesregierung nehmen.“

„Das Problembewußtsein können wir nicht von Außen erzeugen.“

„Stichwort lokale Eliten“, wirft Bastian Wierzioch in die Debatte und schaut dabei Pascal Begrich an. Der Hörfunkjournalist möchte wissen, wie es in den Regionen gelingt, Menschen zu identifizieren, die für Demokratieentwicklung sensibilisiert sind und auch noch etwas zu sagen haben. In den letzten Jahren, so Begrich, gebe es in Sachsen-Anhalt viel mehr offene Ohren und Augen als noch

vor einiger Zeit. Da die Zivilgesellschaft in den Neuen Bundesländern sehr schwach auf der Brust sei, wäre es jedoch nicht immer einfach, AnsprechpartnerInnen zu finden: „Das Problembewußtsein muss vorhanden sein. Das können wir nicht von Außen erzeugen.“ Das Mikro geht weiter an Ludwig Hoffmann, heute nicht die einzige lokale Elite im Saal. „Das ist ein echtes Thema, wir brauchen mehr Akteure vor Ort.“, sagt der Ex-Oberbürgermeister und bestätigt damit die strukturelle Schwäche im Land. Er wünscht sich, dass die Verwaltung ein Moderator sei, der „auch einmal Leute zusammenholt.“ Insgesamt sei die Bereitschaft in Sachsen-Anhalt sich in demokratische Mit- und Ausgestaltungsprozesse einzubringen, desaströs: „Schauen Sie sich doch nur die politischen Parteien an.“ Die Tendenz zur Zuschauerdemokratie, wo alle auf den Rängen sitzen und alles besser wüssten, sei ungebrochen. Diesen Trend zu stoppen, hängt für ihn unmittelbar mit der Zurückdrängung des Rechtsextremismus zusammen. Ein Patentrezept, hat auch Ludwig Hoffmann nicht dabei.

„Jetzt wollen wir das hier noch etwas komplizierter machen,“ droht der Hörfunkjournalist in seiner nonchalanten Art augenzwinkernd an und zielt auf rechtsextreme Einstellungsmuster in der Bevölkerung ab. Da die Studien ja gerade gezeigt hätten, das demokratiefeindliche Denkgebäude in allen Schichten verbreitet wären, müsse gefragt werden, wie man mit den Programmen eben nicht nur die Jugend, sondern möglichst viele Menschen erreiche. Ein Mitdiskutant aus dem Publikum schließt sich zunächst dem durchgängigen Kopfschütteln auf dem Podium an, dass alle wohl nie

erreicht werden könnten. Gleichwohl unterbereitet er einen ganz praktischen Vorschlag: „Ich muss bei mir anfangen, im kleinen Kreis, am Arbeitsplatz, in der Familie und dort eine Tür öffnen.“ Holger Hövelmann erklärt dann sein Kopfschütteln: „Ich bin davon überzeugt, wir werden immer einen Anteil in der Bevölkerung haben, die für demokratische Lebensformen nicht erreichbar und extremistisch eingestellt sind.“ Die zentrale Herausforderung für die Gesellschaft bestehe darin dafür Sorge zu tragen, dass dies eine marginale Gruppe bleibe. „Ich bohre da dicke Bretter,“ antwortet der Minister zudem auf die Frage, was er für die interkulturelle Öffnung und Qualifikation der Polizei im Land tue. Dies könne man nicht mit einer Order oder einem Befehl lösen. Hier müssten langfristige Sensibilisierungsstrategien entwickelt werden. Einfach, das ist sich der Minister sicher, wird das nicht: „Wir sind in einem großen Nachteil in Sachsen-Anhalt. Bei nur 46.000 Ausländern im Land müssen Sie lange suchen, bis sie jemanden gefunden haben.“ Wenn die Alltagserfahrung im Sportverein oder der Supermarktkasse fehle, ließen sich Vorurteile und Stereotype nur sehr schwierig abbauen.

„Bei nur 46.000 Ausländern im Land müssen Sie lange suchen, bis sie jemanden gefunden haben.“

„Wenn man öfters mit Seniorengruppen redet, kann man schon ins Staunen kommen.“

„Es gibt ja auch positive Überraschungen“, macht Dr. Detlef Eckert Mut. So habe es nach einem rechtsextremen Überfall auf ein Theaterensemble in Halberstadt eine Aktion gegeben. Bei deren Vorbereitung habe man sich die bange Frage gestellt: ‚Was passiert, wenn nicht so viele kommen?‘ Diese Furcht hätte sich schnell als unberechtigt herausgestellt: „Am Ende durften wir 6000 zählen.“ Das habe deshalb so gut funktioniert, weil die BürgerInnen Halberstadts die Tat als Affront gegen ihr Gemeinwesen begriffen hätten. Und noch etwas anderes treibt den Linke-Politiker um. „Wenn man öfters mit

Seniorengruppen redet, kann man schon ins Staunen kommen,“ sagt er zur immer noch vorhandenen Glorifizierung des Nationalsozialismus in der älteren Generation. Die Großeltern hätten hier eine Verantwortung für die Erziehung ihrer Enkel. Ludwig Hoffmann sieht das ganz ähnlich: „Wir müssen die Erwachsenenbildung voranbringen.“

Aus dem Publikum verschafft sich Jörg Rehbaum Gehör. Der Bürgermeister der Stadt Burg, die mit ihrem Lokalen Aktionsplan viele Projekte zu Demokratieentwicklung fördern konnte, hat eine kritische Wortmeldung in petto: „Warum formulieren wir in speziellen Programmen den Auftrag, für Demokratie und Toleranz zu sorgen?“ Das gebe es schon und es sei zudem milliardenschwer: „Ich rede von der kommunalen Selbstverwaltung.“ Für ihn sei das eine originäre Aufgabe aller Kommunen. Die Praxis sehe leider oftmals anders aus, formuliert er nicht ohne Selbstkritik: „Warum hat kommunale Selbstverwaltung nur etwas mit Steuern, Rechtsanwendung und Hundekot zu tun?“ Pascal Begrich sieht die Notwendigkeit von expliziten Förderinstrumenten dennoch, schließt sich jedoch in einem Teilaspekt an: „Diese ganzen Programme kann man getrost vergessen, wenn es vor Ort keine engagierten Bürger und eine sensibilisierte Verwaltung gibt.“

„Diese ganzen Programme kann man getrost vergessen, wenn es vor Ort keine engagierten Bürger und eine sensibilisierte Verwaltung gibt.“

„Wo sonst die kleinste Einheit die Milliarde ist, fragt man sich schon: Wo ist der Stellenwert der Demokratiebildung?“

In der Abschlussrunde herrscht auf dem Podium in einer Frage einträchtige Harmonie: Die Bundesprogramme müssen erhalten bleiben. Pascal Begrich und Dr. Detlef Eckert erneuern ihre Forderung nach einem Landesprogramm zur Stärkung der demokratischen Alltagskultur und zur Förderung von Regelstrukturen. Ludwig Hoffmann wünscht sich eine Aufstockung der Mittel im Bund, und bilanziert angesichts des 24 Millionen Budgets beider Programme: „Wo sonst die kleinste Einheit die Milliarde ist, fragt man sich schon: Wo ist der Stellenwert der Demokratiebildung?“ Holger

Hövelmann wünscht sich eine stärkere demokratische Verantwortungsübernahme und zwar von allen: „Unsere Gesellschaft ist geprägt vom Fingerzeigen: Die soll das machen, der soll das machen. Das muss sich ändern.“

„Unsere Gesellschaft ist geprägt vom Fingerzeigen: Die soll das machen, der soll das machen. Das muss sich ändern.“

Schlußwort

Susi Möbeck (Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt)



Die letzten Worte hat Susi Möbeck. Die Integrationsbeauftragte Sachsen-Anhalts blickt zurück auf den Beginn der Bundesprogramme. Die damaligen Debatten um deren Grundausrichtung mit kommunaler Verortung und dem Spannungsbogen zwischen Prävention und Krisenintervention sind für sie größtenteils positiv aufgelöst: „Die geäußerte Fachkritik kam an und führte zu notwendigen Veränderungen.“ Das wünsche sie sich auch für die Fortsetzungsphase. Die Stärkung der Zivilgesellschaft müsse unbedingt der Förderschwerpunkt bleiben. Sie selbst sei zum Anfang skeptisch gewesen, ob die Maßnahmen tatsächlich zu

einer stärkeren Sensibilisierung für rechtsextreme und fremdenfeindliche Erscheinungsformen im Land beitragen könnten. Davon ist Susi Möbeck mittlerweile überzeugt. Der Idee eines Landesprogrammes für Sachsen-Anhalt, schließt sich auch die Integrationsbeauftragte an. Nicht nur des Geldes wegen: „Das brauchen wir für eine bessere Abstimmung und Bündelung im Land.“

„Das brauchen wir für eine bessere Abstimmung und Bündelung im Land.“

Impressum

Herausgeber:

Alternatives Jugendzentrum Dessau e. V.
Freiwilligen-Agentur Halle/Saalkreis e. V.
Miteinander e. V.
Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.

V.i.S.d. P.:

Steffen Andersch
Olaf Ebert
Pascal Begrich
Marco Steckel

Textredaktion:

Korrektur:
Gestaltung & Fotos:

Steffen Andersch
Carolin Doller
Mario Bialek